

<http://www.derwesten.de/staedte/witten/rat-macht-weg-fuer-wittener-wickmangelaende-frei-id10496816.html>

Politik

Rat macht Weg für Wittener Wickmangelände frei

25.03.2015 | 22:13 Uhr



Die Handelsgrenzen in Annen haben sich nach Meinung der Koalition längst verschoben - hin zur Annenstraße. Dem müsse man auch auf dem Wickmangelände Rechnung tragen und es für weitere zeitgemäße Neuansiedlungen öffnen.

Foto: Thomas Nitsche

Die Koalition hat sich im Wickmann streit durchgesetzt. Die fragwürdigen Bebauungspläne werden aufgehoben, der Weg für neue Fachmärkte ist frei.

Investoren wie Michael Schöpke dürfen sich freuen. Lange war es ihnen verwehrt, auf dem Wickmangelände all das zu verwirklichen, was sie sich wünschen. Nun, nach dem jüngsten Ratsbeschluss, steht Ansiedlungen wie einem Elektrofachmarkt nichts mehr im Wege. Die Koalition setzte mit ihrer Mehrheit und auch Stimmen kleinerer Fraktionen einen entsprechenden Antrag durch.

Mit Veränderungssperren und Bebauungsplänen, alle abgeseget von der Politik, war ein Fachmarkt wie Berlet in der Vergangenheit von der Politik verhindert worden – immer mit dem erklärten Ziel, die Innenstadt zu schützen. In diesem Falle ging es vor allem um Saturn. Schöpke (SchöWo) klagte dagegen – und hatte Erfolg. Das Verwaltungsgericht kippte im November den offenbar fehlerhaften Bebauungsplan der Stadt, der entsprechende Ansiedlungen untersagt.

Baurat sah gute Chancen für „Heilungsverfahren“

Die Stadt legte Berufung ein, um diesen fragwürdigen Plan nun zu „heilen“ – was Grüne und Linke ausdrücklich unterstützt hätten. Er sehe gute Chancen, mit dem „Heilungsverfahren zu unserem Ziel zu kommen“, sagte Stadtbaurat Bradtke jetzt in der Ratsdebatte. Annen habe ausreichend Handelsflächen für fast alle Sortimente. Dagegen sei die City stark unter Druck. Ihn erfülle es mit großer Sorge, wenn man von vereinbarten städtebaulichen Zielen – eben dem Schutz der Innenstadt – abkehre.

Die Koalition beklagte den „Handlungs- und Planungsstillstand“ auf der Wickmannfläche. Den wolle man schnellstmöglich beenden, so Uwe Rath (SPD). Die vorhandenen Grenzen, wo Handel in Annen zulässig ist, entsprächen nicht mehr den tatsächlichen Verhältnissen. Laut Antrag müssen die Bebauungspläne nun „rechtssicher“ aufgehoben und der Masterplan Einzelhandel fortgeschrieben und neu beschlossen werden, „so dass er dem Gestaltungswillen des Rates entspricht“, wie Arnulf Rybicki (CDU) ausführte. Danach gebe es keinen Grund mehr, den Berufungsantrag aufrechtzuerhalten. Rybicki: „Wir haben den Streit um dieses Gebiet nicht begonnen, aber wir werden ihn beenden.“

„Lex Schöpke und Lex Wickmann“

Das solle dann wohl der Schlusspunkt für die „Lex Schöpke“ werden, sagte Ulla Weiß für die Linke. Es sei im Übrigen nicht richtig, dass auf der Wickmannfläche nichts passiert sei. Sie meinte damit zugelassene Ansiedlungen wie Spielhalle, Getränkemarkt, Tierfutterbedarf oder Lidl und warnte davor, dass Kunden aus der Innenstadt nach Annen abwandern, wenn B. ein Elektromarkt zugelassen wird.

Birgit Legel-Wood (Grüne) setzte auf die „Lex Schöpke“ noch ein „Lex Wickmann“ drauf. „Ob es daran liegt, dass sich dieser Investor großzügig gegenüber bestimmten Parteien verhält, mag ich nicht zu beurteilen“, sagte sie. Siegmund Brömmelsiek (WBG) konterte: „Ich bin leidenschaftlicher Annener und lasse mich nicht kaufen.“ Er plädierte dafür, den „Deckel draufzumachen“, das Gelände wie beantragt nach Paragraf 34 Baugesetzbuch weiterzuentwickeln, „so dass es Investoren wieder Spaß macht, nach Annen zu kommen“.

SPD: „Gehandelt, damit der Schaden nicht noch größer wird“

FDP und Bürgergemeinschaft warnten davor, jetzt etwas übers Knie zu brechen. Steffen Fröhlich (FDP): „Die Folgen dieses Beschlusses sind unabsehbar.“ Thema Schadensersatz. Die Mehrheit, die den Wickmannstreit nun für beendet erklärte, hofft, möglichen Ansprüchen zu entgehen. Uwe Rath (SPD): „Wir haben das Heft in die Hand genommen, damit der Schaden nicht noch größer wird.“ Er sprach von „Aufräumen“. Was die angebliche „Lex Schöpke“, die Bevorzugung eines Investors, angeht, sagte er: „Uns ist die rechtliche Gleichbehandlung wichtig.“ Gerade deshalb wolle man ja die Bebauungspläne aufheben.

Andere meinen, dass man mit dem Zurückziehen der Berufung und der Aufhebung der B-Pläne das Schadensersatzrisiko erst recht vergrößert. 19 Gegenstimmen reichten aber nicht aus, den Antrag der Koalition zu Fall zu bringen.

Jürgen Augstein